

Regensburg, 11. Juli 2005

KR-Nr. 218/2005

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE von Barbara Steinemann (SVP, Regensburg)

betreffend Reduktion der Doppelbelastung massgeblicher Beteiligung

Das Steuergesetz vom 8. Juni 1997 ist wie folgt zu ändern:

§ 20 Abs. 1 lit. b wird ergänzt durch den Satz: «Vorbehalten bleibt § 37bis.»

Zusätzlich wird das Steuergesetz mit einem neu zu schaffenden § 37bis versehen:

«Dividenden werden gesondert zum Steuersatz von einem Fünftel besteuert, wenn der Steuerpflichtige

- a) zu mindestens 5% am Aktienkapital oder Stammkapital einer andern Gesellschaft beteiligt ist; oder
- b) zu mindestens 5% am Gewinn und an den Reserven einer andern Gesellschaft beteiligt ist; oder
- c) Beteiligungsrechte im Verkehrswert von mindestens einer Million hält. »

218/2005

Barbara Steinemann

Begründung:

Mit vorliegendem Vorstoss werden Massnahmen zu einer substantiellen Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung auf Ebene der Anteilhaber anvisiert. Begünstigte der Gesetzesänderung werden kleine und mittelständische Unternehmende sein, kaum profitieren dürften Aktionäre der grossen Publikumsgesellschaften.

Die gegenwärtige Regelung widerspricht dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit: Verdient eine Person aus eigener Kraft Geld, bezahlt sie auf diesem Einkommen eine Einkommenssteuer. Häuft sich dieses mit der Zeit zu einem Vermögen an, zahlt der Betreffende auf allen Zinsen und Dividenden erneut eine Einkommenssteuer. Zusätzlich langt der Staat dann auf der Summe aller ersparten Gewinne, Dividenden, Zinsen mit der Vermögenssteuer nochmals zu.

Bereits heute finden sich in den Steuergesetzen der Kantone Solothurn, Schaffhausen, Thurgau und Wallis entsprechende Bestimmungen, die eine Entlastung auf der Ebene der Gesellschaft mittels gespaltenem Ertragssteuersatz vorsehen. Entlastungen auf der Ebene der Anteilhaber enthalten zudem auch die Steuergesetze der Kantone Appenzell Auser sowie Innerrhoden, Luzern, Nidwalden und Obwalden. Andere Gliedstaaten bereiten Änderung mit derselben Stossrichtung vor. Zürich muss seinen diesbezüglichen Standortnachteil dringend aus dem Weg schaffen.

Wieder aufgenommenener Vorstoss.
Ursprüngliche Einreicher: Peter Good (SVP, Bauma) und Barbara Steinemann (SVP, Regensburg)